

Vernehmlassungsantwort des Oltener Kreises linker SozialdemokratInnen (OKLS) zum Entwurf eines neuen Parteiprogrammes für die SP Schweiz

Generell:

Der Oltener Kreis begrüsst, dass sich die SP Schweiz dazu entschieden hat, ein neues Parteiprogramm auszuarbeiten und dankt allen Beteiligten herzlich für die grosse Arbeit, die sie in dieses zukunftsweisende Projekt gesteckt haben. Der Oltener Kreis teilt die Einschätzung, dass auch das beste Parteiprogramm nur dann einen Wert hat, wenn es sowohl innerhalb der Partei als auch in der Öffentlichkeit ausführlich diskutiert wird. In diesem Sinne möchten wir die folgenden Ausführungen als eine konstruktive Kritik am Entwurf verstanden haben.

Der Oltener Kreis ist erfreut über die Tatsache, dass die Wirtschaftsdemokratie einen zentralen Platz im neuen Parteiprogramm erhalten soll. Wir sehen in der Wirtschaftsdemokratie einerseits eine Antwort auf die Probleme und Herausforderungen des real existierenden Kapitalismus in der Schweiz. Andererseits bekennt sich die SP mit der Wirtschaftsdemokratie zu einem politischen Ziel, welches gleichermaßen für eine langfristige Orientierung wie auch als Grundlage für eine kurz- und mittelfristige politische Agenda einsetzbar ist.

Der vorliegende Entwurf zum Parteiprogramm und insbesondere die Aussagen zur Wirtschaftsdemokratie sind jedoch in verschiedenen Punkten noch überarbeitungsbedürftig. Im Folgenden möchten wir fünf Kritikpunkte anbringen, bei denen wir eine Verbesserung des Parteiprogrammes für unabdingbar halten.

1. Form:

Das Parteiprogramm ist zu lang. Problematischer ist jedoch, dass innerhalb der jeweiligen Kapitel Analyse und Forderungen immer wieder vermischt werden. Die Forderungen werden nicht stringent aus der Analyse abgeleitet. Dadurch wirkt das ganze sehr zähflüssig und nicht leserfreundlich.

Häufig werden einzelne Kapitel mit kurzen oberflächlichen Einleitungen und historischen Exkursen begonnen. So wird das Kapitel „Für eine zukunftsfähige Wirtschaft im Dienste aller Menschen“ mit einem Rundflug über Manchester-Kapitalismus, Thatcherismus und Finanzkrise eingeleitet. Und das auf 11 Zeilen. Auf solche Gemeinplätze kann verzichtet werden.

Das Parteiprogramm muss deutlich gestrafft werden, die Aufteilung der Teile und Kapitel ist grundsätzlich zu überdenken.

Der Teil „Unsere Vision“ sollte umbenannt werden, bspw. in „Unser Ziel“, das tönt weniger esoterisch und mehr handlungsweisend.

Das Kapitel III.3 (Demokratisierung der Wirtschaft – aber wie?) könnte in den Teil IV verschoben werden, enthält es doch konkretere Vorschläge, wie die Wirtschaft im aktuellen Kontext demokratisierbar ist. Wir sind mit diesen Vorschlägen schon eher auf dem „Weg“ als in der Festlegung der „Vision“.

2. Demokratischer Sozialismus:

Mit Erstaunen hat der Oltener Kreis festgestellt, dass der Begriff „Demokratischer Sozialismus“ offenbar aus dem Programm gekippt wurde. Dies ist umso unverständlicher als man mit dem Konzept der Wirtschaftsdemokratie ja eine politische Stossrichtung einschlägt, die den demokratischen Sozialismus fast zwangsläufig als Bestandteil des Programmes herleitet.

Der Oltener Kreis verlangt die Aufnahme des Konzeptes des demokratischen Sozialismus ins Parteiprogramm.

Demokratisierung muss als umfassendes gesellschaftliches Projekt verstanden werden. Das Parteiprogramm macht wichtige Aussagen zur Demokratisierung der Wirtschaft, jedoch kaum Aussagen zur Demokratisierung der Gesellschaft.

Das Parteiprogramm sollte auch Aussagen zur „Demokratisierung der Politik“ machen (Bspw. Einfluss des Kapitals auf die Politik, Abwendung weiter Bevölkerungskreise von der Politik – insb. der einkommensschwachen Schichten).

3. Wirtschaftsdemokratie muss konkretisiert werden:

Es muss dringend konkretisiert werden wie sich die Demokratisierung der Wirtschaft in den nächsten 20, 30 Jahren vorantreiben lässt. Ohne eine konkrete Strategie zur Erreichung der Ziele, sind auch die besten und vornehmsten politischen Visionen wertlos. Wünschenswert wären eine Liste konkreter Zwischenziele und eine Diskussion der Wege und Mittel zur Erreichung dieser.

Das Parteiprogramm geht über weite Strecken von einer simplizistischen Form der Demokratie aus. Die Tatsache, dass alle Mitglieder gleichermassen entscheidungsberechtigt sind, sagt noch wenig aus über den realen Demokratisierungsgrad einer Gesellschaft oder einer Organisation. In diesem Bereich besteht noch Klärungsbedarf im Parteiprogramm: welche Voraussetzungen und Massnahmen braucht es, um von einer formellen Demokratie zu einer faktischen zu kommen?

Aus diesem vereinfachten Demokratieverständnis heraus ist auch erklärbar, dass das Parteiprogramm keine Aussagen dazu macht, wie eine „Tyrannei der Mehrheit“ verhindert werden kann, bspw. in einem Betrieb in dem die Belegschaft die Entscheidungsgewalt hat. Eine Demokratie schliesst nicht aus, dass Ausgrenzungsprozesse von Minderheiten stattfinden. Hierzu sind gesonderte Mechanismen notwendig, auch in einer Wirtschaftsdemokratie.

4. Vorsorgender Sozialstaat:

Das Kapitel IV.1.a ist ersatzlos zu streichen, die darin enthaltenen Forderungen auf andere Kapitel aufzuteilen.

Mit dem Konzept des vorsorgenden Sozialstaates tappt die SP Schweiz in die Falle des neoliberalen „Ich-Managements“ und wendet sich ab vom historischen Klassenverständnis der Sozialdemokratie. Beispielhaft zeigt sich dies im Satz „Der vorsorgende Sozialstaat befähigt seine Bürger und Bürgerinnen, ihre soziale Lage zu verbessern und den sozialen Aufstieg in Angriff zu nehmen“. Dieser Satz ist aus soziologischer Sicht, schlicht und einfach, unsinnig. Ein soziales Gefüge besteht aus Menschen in unterschiedlichen sozialen Schichten oder Klassen. Diese stehen relativ zueinander, das heisst es gibt ein unten und ein oben. Einzelne Personen können ihre soziale Lage verbessern und einen Aufstieg erreichen. Es können aber nicht alle Personen ihre soziale Lage verbessern. Wenn sich die Lebensbedingungen aller Menschen verbessern, wird es immer noch ein unten und oben geben, am sozialen Klassengefüge hat sich also nichts verändert. Wohlstand und Reichtum für alle ist möglich, aber ein sozialer Aufstieg für alle nicht. Das geht rein von der Logik her nicht. Ein sozialer Aufstieg für alle ist in etwa so unlogisch wie eine Forderung, jeder solle mehr verdienen als das Durchschnittseinkommen.

Die Sozialdemokratie hat sich seit jeher für eine Verbesserung der sozialen Lage der Arbeiterklasse eingesetzt. Man ging von der Überzeugung aus, dass sich die Lage für einen Arbeiter nicht verbessert, wenn er alleine den Forderungen des Kapitals

und des Staates gegenübersteht, sondern nur dann wenn sich die Arbeiter zusammenschliessen und solidarisch für eine Verbesserung der Lebensbedingungen der gesamten Arbeiterklasse kämpfen. Mit dem Konzept des vorsorgenden Sozialstaates will sich die SP nun den neoliberalen Individualisierern anschliessen. Ein Arbeiter der seine Lebenslage verbessern wolle, der müsse an seinen persönlichen „skills“ arbeiten und arbeitsmarktfähig gemacht werden. Der Staat soll ihm dabei behilflich sein. Diese Abkehr von den Grundüberzeugungen der Sozialdemokratie wird vom Oltener Kreis entschieden bekämpft werden.

Gegen die einzelnen Forderungen des Kapitels ist nicht viel einzuwenden. Uns stört vielmehr, dass sie in dieses Konstrukt des vorsorgenden Sozialstaates eingebunden werden. Deshalb sollen sie nach Möglichkeiten an anderen Stellen des Parteiprogrammes aufgenommen werden.

5. Service public und Grundversorgung:

Ähnlich wie im Themenfeld Demokratie, wird auch beim service public viel zu wenig genau definiert, wie man sich als SP den service public wünscht. Der service public wird als feste, unabänderliche Grösse angenommen, wo man dafür oder dagegen sein kann. Es muss dringend geklärt werden, wie der service public ausgestaltet werden kann, was er umfassen soll und wie er im Verhältnis zu den anderen Ideen der Wirtschaftsdemokratie steht.

Das Parteiprogramm schafft einen Widerspruch: einerseits wird Mitbestimmung auf Betriebsebene gefordert, andererseits sollen Schlüsselbetriebe einer demokratischen staatlichen Kontrolle unterstehen. Es ist möglich, dass es hier zu Spannungen und unterschiedlichen Entscheidungen kommt. Das Parteiprogramm muss auch aufzeigen, wie solche Widersprüche aufgelöst werden können, resp. welcher Ebene welches Gewicht eingeräumt wird bei divergierenden, demokratisch gefassten Meinungen.

Ansätze um mit solchen Widersprüchen umzugehen, sind in der Theorie der Wirtschaftsdemokratie durchaus vorhanden, werden aber vom Parteiprogramm nicht aufgenommen, wodurch das ganze letztlich etwas unfertig gedacht wirkt. Wir empfehlen die drei klassischen Ebenen (Makro-, Meso-, Mikro-Ebene) ins Parteiprogramm aufzunehmen und in ihrer jeweiligen Bedeutung und deren Zusammenhänge zu diskutieren.

Zur Orientierung folgt eine Aufstellung aus dem Text „Wirtschaftsdemokratie - Zielbegriff einer alternativer Wirtschaftspolitik: Kritische Bilanz und Aktualität nach 40 Jahren“ von Dr. Fritz Vilmar.

<p>auf der Makroebene</p>	<p>Ziel: Eine vollbeschäftigte Kreislaufwirtschaft</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen auf der nationalen u. der EU-Ebene - Sozialökologische Rahmenplanung - Schwerpunkt Arbeitszeitplanung - Globalsteuerung - soziale und ökologische Steuer- u. Investitionspolitik - Europawirtschaft als Alternative zur destruktiven Globalisierung - Ausbau des Kartellrechts
<p>auf der Mesoebene</p>	<p>Ziel: Demokratische Kontrolle und Partizipation in der Unternehmenspolitik</p>	<ul style="list-style-type: none"> _ Demokratisierung der Unternehmensverfassung, _ Ausbau der Gemeinwirtschaft; _ Förderung der Genossenschaften und Belegschaftsunternehmen; _ Tarifpolitik/Gesetzgebung für optimale Einkommens- u. Vermögensbeteiligung
<p>auf der Mikroebene</p>	<p>Ziel: Partizipative Gestaltung des Arbeitsprozesses</p>	<ul style="list-style-type: none"> - Mitbestimmung der Betriebs- u.. Personalräte in personellen, sozialen und arbeitsorganisatorischen Fragen - Mitbestimmung am Arbeitsplatz _ Humanisierung der Arbeit - Tarifverträge oder Betriebsvereinbarungen über Arbeitsaufgabenerweiterung, insbesondere teilautonome Gruppen - ergonomische Standards - mitbestimmte Teilzeitarbeit etc.

Weiterführende Informationen auch unter:

http://www.globallabour.info/de/2008/06/wirtschaftsdemokratie_zielbegr.html